

# Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **59 (1979)**

Heft 2

PDF erstellt am: **24.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## DIE SCHEINALTERNATIVE

### *Zur Diskussion Finanzplatz/Werkplatz*

In der politischen Auseinandersetzung gelingt es gewissen Begriffen immer wieder, zu eigentlichen geflügelten Worten zu werden. In genügendem Ausmass durch die Medien geschleust, verwandeln sich Schlagworte in Alltagssprache, und bald einmal macht sich kaum mehr jemand Gedanken über deren Inhalt und Sinn. Selbstverständlich hat es seine Gründe, wenn ein bestimmter Begriff plötzlich an die Spitze der politischen Hitparade katapultiert wird. Diese sind gerade beim hier zu behandelnden Gegenstand, nämlich dem von gewissen politischen Kreisen konstruierten Gegensatz zwischen einem sogenannten Werkplatz und einem sogenannten Finanzplatz Schweiz, einigermaßen leicht auszumachen. Gleich an dieser Stelle sei schon auf die erste sachliche Ungenauigkeit dieser simplifizierenden Formel hingewiesen: sie suggeriert, dass zur Hauptsache auf dem Werkplatz Menschen arbeiten, während auf dem Finanzplatz lediglich einige Leute mittels Telefonaten Umsummen von Devisen verschieben, die dazu noch den Frankenkurs hinauf-treiben. Dabei verschaffen die mit dem Finanzplatz Schweiz verbundenen Unternehmungen mehreren zehntausend Menschen Arbeitsplätze, wie noch zu zeigen sein wird.

Während im Ausland neben Scho-

kolade, Alphorn und Kuckucksuhr die «gnomes of Zurich» schon seit einigen Jahren als schweizerisches Klischee herumgeistern, setzte die Diskussion um den Finanzplatz hierzulande vor allem im Zusammenhang mit der «Affäre Chiasso» der Schweizerischen Kreditanstalt in verstärktem Ausmass ein. Allerdings wurde er damals noch nicht derart gegen den Werkplatz auszuspielen versucht wie heute. Das änderte sich mit der rapiden Erhöhung des Aussenwerts unserer Währung seit Ende 1977, welche exportorientierten Unternehmungen schwer zu schaffen machte und auch in Zukunft Probleme bereiten wird. In der Folge auftretende Kurzarbeit, Entlassungen, Betriebsschliessungen, Ertragsschmälerungen und Marktverluste wurden zum grössten Teil auf die Frankenentwicklung zurückgeführt. Auch ein breiteres Publikum, das sich sonst nicht mit derartigen Fragen befasst, wurde hellhörig. In einer solchen wirtschaftlichen Landschaft war es möglich, dass das Schlagwort vom Finanzplatz, welcher den Werkplatz bedrängt, vor allem von der Sozialdemokratischen Partei als Dauerbrenner ins politische Repertoire aufgenommen werden konnte; dies um so mehr, als die Erklärung von Wechselkursschwankungen nach wie vor selbst Fachleuten Probleme

aufgibt. Ein erster politischer Ausfluss der Diskussion stellt unter anderem die SP-Bankeninitiative dar, zu der gegenwärtig die Unterschriften-sammlung im Gang ist.

### *Was heisst Finanzplatz?*

Mit dem Begriff Finanzplatz werden die verschiedensten Tatbestände in Zusammenhang gebracht, so dass auch kaum eine klare und allgemein anerkannte Definition existiert. Bankgeheimnis, Spekulation, Frankenaufwertung, Treuhandgeschäfte, Bankenmacht, Konzentration, Depotstimmrecht, Fluchtgelder, internationale Rechtshilfe; all dies sind Stichworte, die sich um den Finanzplatz herumranken. Institutionell wird er heute noch weitgehend mit den Banken identifiziert. Diese Gleichung trifft jedoch nicht mehr zu. Auch die international tätigen Versicherungsgesellschaften, die Holdinggesellschaften, die grossen Unternehmungen sowie private Kapitalanleger bilden den Finanzplatz Schweiz.

Dieser ist übrigens nicht als Idee irgendeines oder einiger machtsüchtiger Banquiers entstanden. Die Auslandsverflechtung der Schweiz hat eine lange Tradition. Vor allem im 18. Jahrhundert liehen hiesige Handelshäuser und Regierungen Kapital an andere Staaten und Fürsten aus. Der grosse Aufschwung zum internationalen Finanzplatz, wie wir ihn heute kennen, fand indessen erst nach dem Zweiten Weltkrieg statt. Als einer der Hauptgründe dafür muss die enorme *Spar-kapitalbildung* des Schweizers betrachtet werden, die aufgrund der Grösse unseres Landes den inländischen Kre-

ditbedarf überstieg und deshalb zum Kapitalexport zwang. Als weitere Ursachen der Internationalisierung können die freiheitliche Wirtschaftsordnung, der freie Zahlungsverkehr, die stabilen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie unsere zentrale Lage in Europa bezeichnet werden, aber auch das leistungsfähige und zuverlässige Banken- und Versicherungssystem und die Sprachkenntnisse haben eine Rolle gespielt. Last but not least darf die seit langem vorhandene Auslandsverbundenheit der Industrie, des Fremdenverkehrs und des Handels der Schweiz nicht vergessen werden. In diesem Zusammenhang ist auf die *gegenseitige Abhängigkeit* zwischen Finanzplatz und Werkplatz hinzuweisen. Auch im Warenausfuhrer erwies sich nämlich die Schweiz als ein zu kleiner Absatzmarkt, so dass viele Branchen zum Export ansetzen mussten. Zu diesem Zweck waren die Unternehmungen aber auf die internationalen Dienstleistungen der Banken angewiesen. Umgekehrt hing der Erfolg des Bankensektors beim Verkauf seines Angebots von einem gesunden Werkplatz, von einer starken Industrie ab.

Zahlenmässig lässt sich die Dimension des Finanzplatzes Schweiz mit Hilfe verschiedener Indikatoren umreissen. Ende 1977 betrug die Bilanzsumme sämtlicher Banken 370 Milliarden Franken, wovon 34,1 Prozent auf *Auslandaktiven* entfielen. Auf der Passivseite machte der Auslandsanteil 26,0 Prozent aus. Diese Gegenüberstellung deutet bereits auf die Drehscheibenfunktion der Kreditinstitute. Bei den rund 18 Milliarden Franken *Neuemissionen* des vorletzten Jahres gingen lediglich 5 Milliarden auf das

Konto inländischer Anleihsnehmer; der Export in Form von Obligationen und Notes betrug mithin 13 Milliarden Franken. Im weiteren ist das sogenannte *Interbankgeschäft* von Bedeutung, also die Ausleihung unter Banken. Bei den entsprechenden Debitoren kam der Auslandanteil 1977 auf etwas weniger als 77, bei den Kreditoren auf knapp 65 Prozent zu stehen. Am meisten werden die sogenannten *Treuhandgeschäfte* mit der Drehscheibenfunktion des schweizerischen Finanzplatzes in Zusammenhang gebracht. Das Bankengesetz definiert sie als «Anlagen und Kredite, welche die Bank auf eigenen Namen, jedoch ... ausschliesslich für Rechnung und Gefahr des Kunden tätigt oder gewährt.» Die Treuhandgeschäfte betragen Ende des vorletzten Jahres 55,5 Milliarden Franken oder 15 Prozent des Bilanzsummentotals. Der Auslandanteil machte im Rahmen der Treuhandguthaben 98 Prozent aus, bei den Verbindlichkeiten waren es 88 Prozent.

Im Jahre 1975 entfielen von den gesamten Prämieinnahmen der schweizerischen Versicherungsgesellschaften 8,8 Milliarden Franken oder 54 Prozent auf das Auslandgeschäft. Im Rahmen der Ertragsbilanz betrug der Nettobeitrag der Assekuranz im vorletzten Jahr 445 Millionen Franken. Von ihren gesamten Anlagen hatten die Versicherer 1976 rund 15 Milliarden Franken oder ungefähr ein Drittel im Ausland investiert. Bei den Holdinggesellschaften kam im gleichen Jahr der Netto-Einnahmensaldo inklusive Lizenzgebühren und Regiespesen auf 2 Milliarden Franken zu stehen, während er bei den Kapitalerträgen der Privaten und Unter-

nehmungen aus Wertschriftenanlagen und Direktinvestitionen 2,9 Milliarden Franken betrug.

### *Finanzplatz und Wechselkursentwicklung*

Wie bereits angedeutet, verliert vor allem der massive Frankenanstieg während der vergangenen Monate der Behauptung neue Nahrung, der Finanzplatz zerstöre den Werkplatz. Die Protagonisten dieses Gegensatzes behaupten, die Verteuerung der schweizerischen Valuta im Ausland sei den Institutionen unseres Finanzplatzes anzulasten. Die Frankenaufwertung wiederum reduziere die internationale Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie, so dass diese letztlich in ihren Arbeitsplätzen und in ihrem Bestand gefährdet sei. Damit stifte der Finanzplatz neben anderen negativen Punkten mehr Schaden als Nutzen. Es fällt indessen schwer, diese These mit statistischem Material zu untermauern. So wird auch in einem kürzlich erschienenen Papier der Sozialdemokraten zugegeben: «Bei einer Kosten-Nutzen-Analyse (des Finanzplatzes, d. Verf.) stehen der Zahlenspielerei Tür und Tore offen, weil sie stets rechnerische Annahmen und Hypothesen erfordert.» In der Tat ist die Erklärung der Wechselkursschwankungen, wie sie der Schweizer Franken erlebte, nicht leicht. Für die längerfristigen Kursfluktuationen hat sich bisher die sogenannte *Kaufkraftparitätentheorie* als brauchbare Hypothese erwiesen. Sie besagt, dass sich die realen, das heisst um die nationalen Inflationsraten bereinigten Veränderungen der Wechselkurse der



verschiedenen Länder untereinander angleichen. Die Valuta eines unterdurchschnittlich inflationierenden Staates wie der Schweiz würde demnach eine Aufwertung erfahren und umgekehrt. Daneben spielen aber auch andere Bestimmungsgründe wie die Zinsdifferenzen eine Rolle. Die Kaufkraftparitätentheorie ist indessen angesichts der exorbitanten kurzfristigen Aufwertungsschübe des Frankens ins Zwielficht geraten, denn unsere Währung ist in ihrem Aussenwert weit über die Teuerungsdifferenzen mit dem Ausland hinaus angestiegen.

Kritiker des Finanzplatzes machen nun weitgehend die Banken für den Frankenanstieg verantwortlich, indem sie auf den Devisenhandel der Kreditinstitute hinweisen. Hier stehen sich jedoch zwei konträre Thesen gegenüber. Die eine betont, durch die enormen Devisentransaktionen innert kürzester Zeit liessen sich die erraticen Währungsschwankungen, also die kurzfristigen Zucken, erklären. Die Gegenthese stützt sich gerade auf diesen breiten und intensiven Markt, welcher den Kursverlauf eher moderierend beeinflusst als ein enger und reglementierter Handel, bei dem bereits relativ geringe Umsätze spürbare Kursänderungen zur Folge hätten. Die Nationalbank ist aufgrund von Untersuchungen zum Schluss gekommen, dass sich «kein systematischer Zusammenhang zwischen den Devisenumsätzen einerseits und dem Kursniveau oder den Kursfluktuationen andererseits» feststellen lässt. Schliesslich hat ein Grossteil der internationalen Bankentransaktionen *Drehscheibencharakter* und damit keinen Einfluss auf den Aussenwert des Frankens. Das gilt zur Hauptsache für

die Zinsarbitrage in ausländischen Währungen, wo internationale Zinsdifferenzen ausgenützt werden.

Immerhin ist darauf hinzuweisen, dass die Schweizer Banken wegen der bereits erwähnten mangelnden Anlagemöglichkeiten im Inland einen wachsenden positiven Nettoauslandstatus aufweisen, das heisst ihr *Kapitalexport übersteigt den Kapitalimport*. Der Saldo betrug 1975 rund 11,9 Milliarden und 1976 rund 5,9 Milliarden Franken; im vorletzten Jahr kam er noch auf knapp 400 Millionen Franken zu stehen. Diese Tatsache wirkt sich in der Tendenz *sinkend* auf den Frankenkurs aus, hat indessen auch ihre Kehrseite. So erhöht die Nettogläubigerposition der Banken gegenüber dem Ausland über die Kapitalerträge den Aktivsaldo der Ertragsbilanz. Auch die Repatriierungsgefahr der entsprechenden Gelder ist nicht von der Hand zu weisen. Der Teil der Anlagen, der in diesem Fall in Franken umgewandelt werden müsste, hätte einen kurs-treibenden Effekt zur Folge. Nun sind aber unsere Banken mit genügend Liquidität ausgestattet, so dass sich die erwähnte Gefahr vorderhand in einem geringen Rahmen hält. Trotzdem wird da und dort angesichts des potentiellen Risikos eine Änderung der Notenbankpolitik postuliert. Der renommierte Ökonom Prof. Niehans etwa erachtet die gegenwärtige Geldschaffung als zu einseitig orientiert, da sie zum grössten Teil auf dem Ankauf von Devisen beruht. Im Sinne eines «policy mix» hätte die Nationalbank gemäss Niehans vermehrt auf die sogenannte Offenmarktpolitik zurückzugreifen. Dabei müsste das Noteninstitut im Laufe der Zeit ein grösseres

Inlandportfeuille in Form von Geldmarktpapieren aufbauen. Durch deren Ankauf und Verkauf liesse sich dann zusammen mit Devisenmarktoperationen der Geldumlauf optimaler regeln als bis anhin; die konjunktur- und wechselkurspolitischen Möglichkeiten würden damit verbessert.

### *Vielseitiger volkswirtschaftlicher Nutzen des Finanzplatzes*

Die Banken leisten auf unterschiedlichste Art einen volkswirtschaftlichen Beitrag. Gerade als *Werkplatz* spielen sie eine nicht zu unterschätzende Rolle. Während in diesem Wirtschaftszweig noch vor zehn Jahren rund 46 000 Personen einen Arbeitsplatz fanden, sind es heute über 76 000 Menschen, denen das schweizerische Bankensystem ihr Auskommen sichert. Dieser Personalbestand repräsentiert knapp 3 Prozent des Beschäftigtentotals, wobei die Zahl noch wesentlich höher liegt, wenn man jene Bereiche mitberücksichtigt, die von der Existenz der Banken profitieren (Revisionsgesellschaften, Treuhandbüros, Bauunternehmungen usw.). Die geschilderte Entwicklung bringt die zunehmende Bedeutung des Tertiärsektors zum Ausdruck, wie sie auch in zahlreichen anderen Dienstleistungsbranchen anzutreffen ist.

Daneben ist das Bankensystem eine *ergiebige Steuerquelle* für den Staat. Allein an direkten Steuern lieferten die Kreditinstitute 1976 ungefähr 760 Millionen Franken an den Fiskus ab. Dazu müssen die Einkommenssteuern der Angestellten von etwa 500 Millionen Franken gerechnet werden, die sich aus dem Gesamtaufwand für

Bankbehörden und Personal ableiten lassen. Schliesslich gehören die Steuern der Aktionäre (etwa 150 Millionen) sowie die Verrechnungssteuer und die Stempelabgabe dazu (etwa 6100 Millionen). Alles in allem resultierte damit im Jahr 1976 eine gesamt Steuerleistung von über 7 Milliarden Franken.

Im weiteren stellt das Bankwesen *billige Kredite* dank traditionell tiefen Zinssätzen zur Verfügung und trägt damit zu einer günstigen Kapitalversorgung der schweizerischen Volkswirtschaft bei. Davon profitiert auch der Aussenhandel, indem – oft unumgängliche – Exportkredite günstigere Bedingungen als im Ausland aufweisen. In diesem Zusammenhang ist an die Dienstleistungen der Banken im internationalen Zahlungsverkehr zu erinnern. Private ziehen ebenfalls Nutzen aus dem günstigen Zinsniveau, und zwar durch die sehr vorteilhafte Aufnahme von Hypothekarkrediten, was angesichts der im internationalen Vergleich hohen Hypothekarverschuldung in unserem Land nicht zu unterschätzen ist.

Die Forderung nach einer Redimensionierung des Finanzplatzes Schweiz geht von der irrigen Annahme aus, dadurch liessen sich die Währungsprobleme weitgehend lösen. Man muss indessen klar sehen, dass in sämtlichen Waren- und Dienstleistungsbereichen Ausfuhren die Aufwertung des Frankens begünstigen. Wir befinden uns ja in der *schizophrenen Lage*, dass wir einerseits dringend auf den Export angewiesen sind, dass auf der anderen Seite aber jeder Ausfuhrfranken über die Erhöhung der Nachfrage nach unserer Währung deren Aussenwert erhöht.

Konsequent durchdacht, könnte sich dieses Land durch die Aufgabe des grenzüberschreitenden Waren- und Kapitalverkehrs sehr rasch seiner Währungsprobleme entledigen. Nur wäre dies sicherlich mit einer ungeheuren Wohlstandseinbusse verbunden. Nun – dies ist lediglich ein zynisches Gedankenspiel. Die Lösung läuft nicht auf die Alternative Finanzplatz *oder* Werkplatz hinaus. Vielmehr braucht die Schweiz beide als sich *gegenseitig ergänzende* Wirtschaftsbereiche, um überleben zu können. Einerseits ist dafür zu sorgen, dass der Finanzplatz – der eben auch ein Werkplatz ist – nicht durch allzu restriktive Eingriffe seiner Funktionsfähigkeit beraubt wird. Auf der anderen Seite ist ebenso selbstverständlich den übrigen Wirtschaftszweigen Sorge zu tragen. Wohl niemand

glaubt und wünscht, dass die Schweiz eines Tages eine ausschliesslich dienstleistungsorientierte Wirtschaft aufweisen wird. Dazu hat die einheimische Industrie trotz der sie bedrängenden Währungsprobleme nach wie vor international einen zu guten Ruf. Es geht aber nicht darum, dem Staat im strukturpolitischen Sinn die Aufrechterhaltung des Status quo ins Pflichtenheft zu schreiben, und das gilt für sämtliche Bereiche der Volkswirtschaft. Nicht das Abwürgen von noch florierenden Branchen, auch nicht die Strukturpolitik um jeden ordnungspolitischen Preis ist in einer Marktwirtschaft Aufgabe des Staates, sondern er hat günstige Rahmenbedingungen im infrastrukturellen und fiskalischen Sinn zu setzen.

*Peter Eberhard*

## GRIECHENLANDS DEMOKRATIE IM PRÜFSTAND

«Der 21. Dezember 1978 ist ein historischer Tag für die hellenische Nation – ein Tag, welcher zum Beginn eines sozioökonomisch besseren und politisch sichereren Lebens für unser Volk werden kann und muss.» So schrieb die gouvernementale Athener Zeitung «Vradyni» am 22. Dezember 1978, einen Tag nach Abschluss der «substantiellen Verhandlungen» über den Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft in Brüssel.

Der Ausgang jener Verhandlungen war fast bis zuletzt ungewiss. Die Schwierigkeiten resultierten vor allem aus der Verschiedenheit der Ansichten über die für den Agrarbereich zu treffende Regelung. Die Neun wollten

Griechenland hinsichtlich einer Reihe von Agrarprodukten eine mehr als fünf Jahre dauernde Übergangsperiode aufoktroyieren. Athen setzte sich gegen diese «Diskriminierung» zur Wehr. Es kam zu einer Kompromisslösung: die Übergangsperiode soll grundsätzlich fünf Jahre betragen. Nur für Pfirsiche, Tomaten und Tomatenpüree soll eine siebenjährige Übergangsperiode gelten. Gleich lang soll die Übergangszeit auch für die Freizügigkeit von Arbeitskräften dauern.

Nun sind also die hauptsächlichen Verhandlungsschwierigkeiten ausgeräumt. Der Weg Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft scheint

geebnet. Tauchen keine unvorhergesehenen Hindernisse auf, wird das diesbezügliche Abkommen noch im Laufe dieses Jahres unterzeichnet. Man rechnet damit, dass Griechenland etwa am 1. Januar 1981 Mitglied der Gemeinschaft sein wird. Die Einhaltung dieses Terminplans hängt allerdings nicht zuletzt von der Ratifizierung des Abkommens durch die Parlamente der EG-Mitgliedstaaten ab. Dem Ratifizierungsverfahren sind gewisse Imponderabilien immanent. In Athen ist man dennoch recht zuversichtlich. Eine populäre Wirtschaftszeitung kommentiert die Ereignisse mit dem optimistischen Ausruf: «Guten Tag, Europa!»

Es fällt auf, dass sogar die griechische Opposition, die zum Teil gegen den Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft eingestellt ist, zum Teil die Europapolitik Karamanlis' zwar bejaht, bezüglich der Einzelheiten der Beitrittsverhandlungen aber Vorbehalte anmeldet, das Arrangement Athens mit Brüssel, zumindest vorläufig, als *Fait accompli* hinnimmt. Der Exponent der stärksten oppositionellen politischen Formation, Pasok-Führer Andreas Papandreou, setzt zwar seine Polemik gegen die Europapolitik der regierenden «*Nea Dimokratia*» fort. Nach Papandreou wird die EG-Vollmitgliedschaft Griechenlands nichts anderes bedeuten als die Unterordnung eines «Landes der Peripherie» unter die Interessen des «Brüsseler Zentrums des Monopolkapitalismus» und eine entsprechende militärisch-politische Unterjochung Athens. Der Führer der linkssozialistischen Pasok-Bewegung plädiert für den Abschluss eines «Spezialabkommens» mit der EG. Von direkten Ak-

tionen gegen den Beitritt Griechenlands zur EG sieht Papandreou jedoch ab.

Papandreou begnügt sich mit der Erklärung, dass die Pasok, «wenn sie an die Macht kommt», ein Referendum durchführen werde, damit das Volk frei und «nach vollständiger Aufklärung» die definitive Entscheidung über den Beitritt treffen könne. Offenbar geht der Pasok-Führer davon aus, dass die Mehrheit des griechischen Volkes die Europapolitik Karamanlis' im Augenblick bejaht. Die Vorstellung der «Zugehörigkeit zu Europa» übt in der Tat auf viele Griechen eine Faszination aus. Es ist in dieser Beziehung bezeichnend, dass selbst das betont nonkonformistische Athener Abendblatt «*Eleftherotypia*» im Hinblick auf die Stimmung bei einem grossen Teil des Volkes «allen Vorbehalten und Einwänden zum Trotz» die «historische Bedeutung des 21. Dezember 1978» in einem Leitartikel hervorstreichen musste.

Das Ziel der Integration in den gemeinsamen Markt bzw. in ein vereinigtes Europa stellt für Griechenland andererseits auch eine Herausforderung dar. Man braucht sich die weitgehend neomarxistische Argumentation der Pasok-Ideologen und -Propagandisten nicht zu eigen zu machen, um zur Erkenntnis zu gelangen, dass die EG-Vollmitgliedschaft Griechenlands auch etliche sozioökonomische und, damit in Zusammenhang, strukturelle und politische Probleme mit sich bringen wird. Von der Bewältigung dieser Probleme wird die Zukunft der jungen griechischen Demokratie abhängen. Athen erhofft sich vom Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft nicht zuletzt eine



Konsolidierung und Sicherung des im Sommer 1974 in Griechenland etablierten freiheitlichen Regimes. Dieses politische Ziel kann jedoch ohne adäquate Lösung der erwähnten Probleme – und das heisst wohl: ohne Überwindung der noch zu erwartenden Schwierigkeiten – nicht erreicht werden.

Hinsichtlich der sozioökonomischen Problematik, die hier nur insofern interessiert, als sie für das politische Geschehen relevant ist, kommt dem offiziellen Zeugnis des Gouverneurs der griechischen Notenbank, Prof. Xenophon Zolotas, eine zweifellos nicht geringe Bedeutung zu. Zolotas ist ein überzeugter Befürworter der EG-Vollmitgliedschaft Griechenlands. Er ist der Ansicht, dass hinsichtlich der Anpassung der griechischen Wirtschaft an die vorherrschenden Bedingungen der Gemeinschaft in den letzten Jahren ein wesentlicher Fortschritt stattgefunden hat und dass das Gesuch Athens auf Eingliederung in die Gemeinschaft wohlbegründet ist. Der Gouverneur der Notenbank, der in Griechenland als «graue Eminenz» gilt, fügt jedoch hinzu: «Dies bedeutet natürlich nicht, dass wir uns der Probleme und Schwierigkeiten, die in der Phase des Übergangs auf uns zukommen werden, nicht bewusst wären. Aber die Dynamisierung der griechischen Wirtschaft bei der Verwirklichung des Assoziationsabkommens mit der EG ist eine Garantie dafür, dass diese Schwierigkeiten überwunden werden» (Xenophon Zolotas, Griechenland: zum EG-Beitritt bereit, in: Süd-Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, Wende oder Ende der Integration?, herausgegeben von Hajo Hasenpflug und Beate Kohler, Ham-

burg 1977, S. 149 bis 159, insbesondere S. 152 f.).

Zolotas räumt ein, dass sich Griechenland auf der gegenwärtigen Stufe seiner Entwicklung verschiedenen strukturellen Problemen gegenüber sieht, die Auswirkungen auf seine Fähigkeit haben, seine Wirtschaft derjenigen der Mitgliedstaaten anzugleichen. «Einige dieser Probleme sind das Fehlen einer ausgewogenen regionalen Entwicklung, der hohe Anteil der Landbevölkerung, die Struktur der Landwirtschaft und die immer noch relativ schwache industrielle Basis. Ein Teil der Kosten für diese Veränderungen wird – in Übereinstimmung mit den bestehenden Vereinbarungen für Mitgliedstaaten – durch die verschiedenen Fonds der Gemeinschaft getragen» (aaO. Seite 154 f.).

Die zitierten Ausführungen Zolotas' stammen aus einer Zeit, in der der angesehene Nationalökonom noch schreiben konnte, dass seit dem Regimewechsel vom Sommer 1974 die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands mit «einer exemplarischen Währungssicherheit» verbunden sei (aaO. S. 156). Im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung stellt die Inflation allerdings das Problem Nummer 1 der griechischen Wirtschaft dar. Im Juli 1978 stellte der OECD-Bericht starke inflationäre Tendenzen in der griechischen Wirtschaft fest (OCDE, Etudes économiques, Grèce, Juillet 1978). Koordinationsminister Konstantinos Mitsotakis, den Karamanlis vergangenes Jahr in sein Kabinett nicht zuletzt in der Hoffnung aufnahm, er werde die Inflation effizient bekämpfen können, hat vor einiger Zeit in Athen durchblicken



lassen, dass er zufrieden wäre, wenn die Inflationsrate die 11-%-Grenze nicht überstiege.

Wie wird sich der Beitritt Griechenlands zur EG auf die griechische Wirtschaft (Agrarbereich, Viehzucht, Klein- und Mittelindustrie, Grossindustrie, Handel, ausländische Investitionen, Importe, Exporte, Arbeitslöhne usw.) auswirken? Eine pauschale Beantwortung dieser Frage wäre gewagt. Die These der Pasok-Dogmatiker und der moskautreuen Kommunisten Griechenlands, die auf Dantes Schreckensperspektive «Lasciate ogni speranza voi ch'entrate» hinausläuft, hat zweifellos alle propagandistischen Vorteile, die derartige Vereinfachungen mit sich bringen. Sie kann jedoch keinen Anspruch auf wissenschaftliche Akribie erheben.

Eine befriedigende, bis ins letzte Detail gehende Studie über die möglichen Auswirkungen der Vollmitgliedschaft Athens auf den griechischen Wirtschaftsablauf fehlt. Eines steht trotzdem ausser Frage: Der Beitritt Griechenlands zur EG wird zu weitgehenden Änderungen in der griechischen Wirtschaft, insbesondere auf dem Sektor der kleinen und mittleren industriellen Betriebe führen. Gelingt es den zuständigen griechischen Staatsstellen nicht, die Entwicklung in den Griff zu bekommen und allfällige schwerwiegende nachteilige Folgen sozioökonomischer Natur zu bekämpfen, so wird auch manche negative politische Erscheinung nicht ausbleiben. «Wenn die wirtschaftlichen Erfolge nicht eintreten – deren Gesamtkosten noch nirgends berechnet wurden –, dann ist auch politische Skepsis angebracht» (Karl-Hermann Buck, Griechenlands Beitritt zur EG

– cui bono?, in: Die Süd-Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, Seite 125 bis 148, insb. Seite 147).

### *Gefährdete Stabilität*

Die Gefahr einer aus sozioökonomischen Gewichtsverschiebungen resultierenden politischen Instabilität ist nicht gering zu schätzen. Dies um so mehr, als sich seit den Parlamentswahlen vom November 1977 in Griechenland trotz aller äusseren Stabilität gewisse Phänomene der politischen Unsicherheit bemerkbar machen. Der zukünftige Historiker wird vermutlich einmal feststellen, dass Konstantinos Karamanlis einen schwerwiegenden Fehler beging, als er im Herbst 1977 vorverlegte Wahlen durchführte. Der Führer der «Nea Dimokratia» erhoffte sich von den Wahlen einen «triumphalen Erfolg». Seine Erwartungen gingen nicht in Erfüllung. Die «Nea Dimokratia» erlitt empfindliche Einbussen. Die linkssozialistische Pasok-Bewegung avancierte zur zweitstärksten politischen Formation des Landes. Die Zentristen hörten auf, als gemässigte oppositionelle Kraft eine stabilisierende Rolle zu spielen. Die moskautreuen Kommunisten gewannen gegenüber den Eurokommunisten die Oberhand. Eine rechtsextremistische Partei, das sogenannte «Nationale Lager», vermochte der «Nea Dimokratia» wertvolle Stimmen abspenstig zu machen und ins Parlament einzuziehen.

Das politische Sensorium, dessen sich Karamanlis nicht zu Unrecht zu rühmen pflegt, hatte diesmal nicht funktioniert. Unter dem Eindruck des «Traumas» vom November 1977 entschloss sich dann der «strenge Maze-

donier», sein Kabinett und seine Partei durch die Aufnahme zentristischer Politiker zu erweitern. Durch diese Erweiterung («Diewrynsi»), die wohl noch nicht abgeschlossen ist, hofft Karamanlis, einen Teil der Einbussen wettzumachen, welche die «Nea Dimokratia» im Herbst 1977 erlitt. Das Erweiterungsexperiment, das einer ideologisch-politischen Öffnung der traditionellen Rechten zum liberalen Zentrum gleichkommt, stellt zweifellos einen geschickten Schachzug dar. Es kann aber im Augenblick kaum mit Sicherheit gesagt werden, ob er die beabsichtigten Folgen zeitigen wird.

Einer der Protagonisten der «Diewrynsi», der bereits erwähnte Koordinationsminister Mitsotakis, gilt zwar als tüchtiger Berufspolitiker, ist jedoch wegen seiner Rolle im «heissen Sommer 1965» gerade bei einem grossen Teil der traditionellen Anhängerschaft des Zentrums umstritten, wenn nicht sogar unbeliebt. Für die betreffenden Wähler ist er die Inkarnation der politischen Apostasie. Es kommt hinzu, dass eine Öffnung, die mit Ämtern honoriert wird, leicht in den Verruf des Opportunismus zu kommen droht. Ausserdem bringt die «Diewrynsi» die Gefahr der Polarisierung mit sich, weil sie die zwischen den zwei grossen politischen Formationen – der «Nea Dimokratia» einerseits und der «Pasok» andererseits – liegenden Kräfte der Mitte noch mehr schwächt. Durch die «Diewrynsi» hat das Regierungslager zudem an Homogenität verloren. Die «alte Garde» rivalisiert im Verborgenen mit den «Neulingen». Die «Nea Dimokratia» besteht heute aus meistens versteckt, manchmal aber auch offen einander bekämpfenden Einzelgängern bzw.

Gruppen. Karamanlis sieht sich genötigt, manche Insubordination in Kauf zu nehmen, die er noch vor den Parlamentswahlen vom November 1977, als die Parlamentsfraktion der «Nea Dimokratia» die Zwei-Drittels-Mehrheit überstieg, «mit eisernem Besen» quittiert hätte.

Bei den Antagonismen innerhalb des Regierungslagers spielt die Dia-  
dochenfrage eine nicht zu unterschätzende Rolle. Ambitiöse Politiker, wie etwa Verteidigungsminister Evangelos Averoff, Aussenminister Rallis und Koordinationsminister Konstantinos Mitsotakis, spekulieren auf die Nachfolge Karamanlis'. Auch Repräsentanten der jüngeren Generation, wie etwa Industrieminister Milos Evert, sähen sich gerne in Schlüsselpositionen. Die Gegensätze werden durch den Umstand verschärft, dass die «Nea Dimokratia» keine von der Basis bis zur Spitze aufgebaute, demokratisch funktionierende Partei im westeuropäischen Sinn darstellt. In ihrem heutigen Aufbau steht und fällt die Regierungspartei mit der Person Karamanlis'.

### *Klientelparteien*

Als im Jahre 1977 ein sogenannter «Vorkongress» der «Nea Dimokratia» stattfand, sah es so aus, als ob sich die Regierungspartei auf dem Weg zur «Europäisierung» befände. Damals wurde die Abhaltung eines Kongresses in Aussicht gestellt. Die Angelegenheit geriet dann in Vergessenheit, bis Karamanlis im Dezember 1978 anlässlich einer gemeinsamen Sitzung der Parlamentsfraktion und des Leitenden Ausschusses der «Nea Dimokratia» an die Notwendigkeit der

Schaffung eines demokratisch funktionierenden Parteiapparates erinnerte. Im Augenblick werden dahingehende Anstrengungen unternommen. Es wäre aber falsch, wenn man sich diesbezüglich Illusionen hingäbe. Eine Modernisierung der griechischen Parteien setzt den radikalen Bruch mit dem nach wie vor die politische Landschaft beherrschenden Phänomen des Klientelsystems und des «Politeftis» voraus, d. h. des Berufspolitikers, der seine Hauptaufgabe darin erblickt, «seinen Wählern» persönliche Dienste zu erweisen.

Der «Politeftis», der nicht selten einer Politikerdynastie entstammt, spielt in nahezu allen politischen Lagern Griechenlands eine wichtige Rolle. Nur in der extremen Linken ist er als typische Erscheinung unbekannt. Die Bildung grosser Parteien westeuropäischer Prägung wird aber darüber hinaus durch den in Griechenland stark verwurzelten Paternalismus erschwert. Ist der «Politeftis» der Protektor der Wähler in der «Mikropolitik», so ist der Parteiführer in der «Makropolitik» «Vater der Nation». Der Personenkult ist sowohl bei der «Nea Dimokratia» als auch bei der Pasok sehr verbreitet. Die Politik ist stark personalisiert und personifiziert. In den Augen vieler Griechen reduziert sich der politische Antagonismus auf die Frage «Karamanlis oder Papandreou?». Ersterer symbolisiert etwa die sichere Führung durch die zahlreichen Klippen der Politik, letzterer die Hoffnung auf die ersehnte «Änderung» («Allaji»), auf eine gerechtere Gesellschaftsordnung.

Bei der «Nea Dimokratia» wird der Personalismus nicht zuletzt auch durch den Führungs- und Regierungs-

stil Karamanlis' genährt. Der Mann, dem Griechenland weitgehend verdankt, dass seit dem Sommer 1974 selbst im von der Hauptstadt entfernten Dorf eine für hellenische Verhältnisse einmalig anmutende freiheitliche Atmosphäre herrscht, ist im persönlichen Umgang eher autoritär. Er lässt sich von seinen Ministern und sonstigen Mitarbeitern mit «Herr Präsident!» anreden, während er sie in der Regel duzt. Er hat Widerspruch nicht gern. Seine Entscheidungen trifft er mehr im stillen Kämmerlein und weniger im Ministerrat bzw. im Leitenden Ausschuss seiner Partei. Karamanlis pflegt sowohl öffentlich als auch in privaten Gesprächen den sich in Griechenland oft bemerkbar machenden masslosen Individualismus zu kritisieren. «Teamwork» liegt aber auch ihm selber wie so manchem Griechen fern. An der aufrichtigen Absicht des griechischen Regierungschefs, aus der «Nea Dimokratia» eine mächtige Partei westeuropäischer Prägung zu machen, kann nicht gezweifelt werden. Der autoritäre Führungs- und Regierungsstil Karamanlis' setzt diesem Vorhaben jedoch enge Grenzen.

Im Gegensatz zu Karamanlis wirkt Papandreou im persönlichen Umgang flexibel, beinahe kameradschaftlich. Er führt seine «Bewegung» aber nichtsdestoweniger mit starker Hand. Die «Panhellenische Sozialistische Bewegung» (Pasok) ist straffer und effizienter organisiert als die «Nea Dimokratia». Dabei wird das politische Geschehen nicht von der Basis, sondern von der Führung diktiert, insbesondere von «Andreas», wie die Pasok-Anhänger ihr politisches Idol zu nennen pflegen. Die Pasok will keine Partei

sein, sondern eine «Bewegung», die sich zum Ziele setzt, mit sozialistischen und patriotischen Parolen alle Volksschichten «mit Ausnahme der Privilegierten» zu mobilisieren. Trotz ihrer weitgehend neomarxistischen Phrasologie kann die Pasok daher kaum als Arbeiterbewegung betrachtet werden. Ideologisch und organisatorisch weist sie «populistische» Merkmale auf, die an den ursprünglichen Kemalismus erinnern. Das offensichtliche Bestreben Papandreous, die jüngeren griechischen Offiziere für sich zu gewinnen, ist unter diesem Gesichtspunkt nicht zufällig.

### *Evropa und Antievropa*

Der Antagonismus zwischen «Nea Dimokratia» und Pasok bzw. zwischen Karamanlis und Papandreou nimmt immer mehr den Charakter einer Auseinandersetzung zwischen «Evropaistes» einerseits und «Antievropaistes» andererseits an. Die «Evropaistes» befürworten den Anschluss Griechenlands an Europa – und das heisst wohl unter den heutigen Gegebenheiten: an Westeuropa. Die «Antievropaistes» plädieren hingegen für eine blockfreie, neutralistische Aussenpolitik, weil sie von der Prämisse ausgehen, dass Griechenland als «Peripherieland» mit der Dritten Welt gemeinsame Sache machen sollte. Die Kluft, welche die «Antievropaistes» von den «Evropaistes» trennt, ist um so grotesker, als die Pasok manchen Intellektuellen zu ihren Kadern zählt, der bildungsmässig und in seinem persönlichen Habitus «europäischer» wirkt als etliche Provinzpolitiker des Regierungslagers. Zum Lager der «Antievropaistes» gehört auch die

moskautreue KP Griechenlands (KKE), die es freilich gerne sähe, wenn Athen einmal dem Warschauer Pakt beiträte.

Die Polarisierung zwischen dem Karamanlis- und dem Papandreou-lager macht es jenen Gruppen und Grüppchen schwer, ihren Weg zu finden, die zwischen den beiden «Grossen» liegen. Dazu gehören etwa die sich nun zu einem «humanen Sozialismus» bekennende, von Jannis Zigdis angeführte Edik, die sozialdemokratisch orientierte Disek (Giorgos Mylonas u. a.), die Gruppe des ehemaligen Ministers Jangos Pasmazoglou, die ebenfalls zur europäischen Sozialdemokratie hin tendiert, die Getreuen des ehemaligen Edik-Führers Georgios Mavros u. a. Es handelt sich bei diesen politischen Kräften um «Evropaistes», die allerdings die Europapolitik der Regierung Karamanlis nicht in allen Punkten bejahen. Zum Lager der «Evropaistes» gehört schliesslich die, wie man sagen könnte, «gemässigte extreme Linke», nämlich die griechischen Eurokommunisten (KP des Inlands) und verwandte Gruppen wie etwa die progressistische Eda.

Die oben konstatierte Polarisierung der politischen Kräfte erhöht die Gefahr der Instabilität bzw. der politischen Anomalie. Vor den Wahlen vom November 1977 gab es eine gemässigte Alternative zur Regierung der «Nea Dimokratia», nämlich die im Parlament sehr ins Gewicht fallende Edik-Partei, die liberale und sozialdemokratische Politiker umfasste. Jetzt sieht die politische Lage anders aus. Käme die Pasok an die Macht, so stünde sie vor dem Dilemma, entweder ihr aussenpolitisches Credo (vollständiger Bruch mit der Nato,



Überprüfung des EG-Beitrittsabkommens, neutralistischer Kurs, Intransigenz in der Ägäis- und der Zyperfrage) und ihr innenpolitisches «Allerweltsprogramm» (weitgehende Sozialisierungsmassnahmen, Erhöhung der Staatsausgaben) zu verwirklichen zu versuchen oder aber daran beträchtliche Abstriche vorzunehmen. Im ersteren Fall begänne für Griechenland eine Zeit der grossen Ungewissheit. Im letzteren, nicht ganz auszuschliessenden Fall entstünde eine Kluft zwischen Andreas Papandreou und dem radikaleren Teil seiner Gefolgschaft. Davon würden vermutlich dann die Linksextremisten profitieren.

Gewisse Äusserungen, die Karamanlis anlässlich der bereits erwähnten gemeinsamen Sitzung der Parlamentsfraktion und des Leitenden Ausschusses der «Nea Dimokratia» im Dezember 1978 machte, erwecken den Eindruck, dass sich der Regierungschef der Unsicherheitsfaktoren bewusst ist, welche die Zukunft der griechischen Demokratie in sich birgt. Wie wird er aber vorgehen, um den «gordischen Knoten» zu lösen? Wird er Ministerpräsident bis zum Jahre 1981 bleiben, um sich nach dem Erfolg seiner Europapolitik den in den letzten Jahren arg vernachlässigten innenpolitischen Problemen persönlich zu widmen? Wird er das Experiment der vorverlegten Wahlen wiederholen, diesmal mit dem Trumpf des «grossen Europäers» in der Tasche? Wird er, wie mancher politische Beobachter in Griechenland vermutet, das Amt des Regierungschefs verlassen und ins Präsidialamt hinüberwechseln? Und wenn ja, wen wird er zum Premierminister ernennen? Den ihm treu ergebenden, jedoch nicht gerade popu-

lären Konstantinos Papakonstantinou, der gegenwärtig als Stellvertretender Ministerpräsident fungiert? Einen der nicht wenigen ambitionierten Anwärter im Regierungslager? Den unabhängigen Oppositionellen Georgios Mavros? Oder sogar Andreas Papandreou?

Jede dieser Fragen zieht eine Reihe von weiteren nach sich. Niemand wird wohl davon ausgehen, dass sich Karamanlis bloss auf die dekorative Rolle des gegenwärtigen Staatschefs Prof. Konstantinos Tsatsos beschränken würde, wenn er das Amt des Präsidenten der Republik übernehme. Er würde, wie es die Verfassung vom Juni 1975 formuliert, zum «Regulator» der «präsidialen parlamentarischen Demokratie». Er würde mit anderen Worten von den zahlreichen und einschneidenden verfassungsmässigen Prärogativen des Präsidenten der Republik Gebrauch machen. Der Übertritt Karamanlis' vom Ministerpräsidenten- zum Präsidialamt würde aber für die «Nea Dimokratia» eine Zerreissprobe bedeuten. Und im Falle, dass Andreas Papandreou, der Karamanlis im Augenblick nicht ungern im Amt des Staatschefs sähe, das Regierungsruder übernehme, gäbe es reichlichen Konfliktstoff im Verhältnis des Premierministers zum Präsidenten der Republik. Dies um so mehr, als die Pasok die Verabschiedung einer «sozialistischen Verfassung» fordert.

Die aus der Inexistenz gut funktionierender Parteien westeuropäischer Prägung resultierenden Probleme werden durch den Umstand verschärft, dass in Griechenland die Verwaltung alles andere als effizient arbeitet. Sollte die Integration Grie-



chenlands in die Europäische Gemeinschaft Früchte tragen, so müsste der Verwaltungsapparat in raschem Tempo modernisiert werden. Dies wird jedoch durch halbe Massnahmen nicht erreicht, welche es den «Mandarinern» der verschiedenen Ministerien erlauben, ihre «balkanesischen» Gewohnheiten beizubehalten. Es kommt hinzu, dass eine Gemeindeautonomie sozusagen nicht existiert. Wo die Verwaltung schlecht oder überhaupt nicht funktioniert, ist die Stellung des Politikers unerschütterlich. Er wird als Beschützer des kleinen Mannes vor der Allmacht der «Mandarine» dringend benötigt.

In den seit dem Sommer 1974 verflochtenen Jahren hat es die junge grie-

chische Demokratie mehr oder weniger gut verstanden, das Postulat der politischen Freiheit mit demjenigen der Stabilität zu verbinden. Nicht zuletzt ist dies das Verdienst des starken Mannes Konstantinos Karamanlis. Längerfristig kann sich jedoch ein freiheitlich-demokratisches Regime nicht auf den Nimbus eines einzigen Mannes stützen. Griechenland befindet sich im Hinblick auf seinen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft im Prüfstand. Es wird die Prüfung bestehen, wenn es möglichst bald die dringend notwendigen strukturellen Änderungen im sozioökonomischen, politischen und administrativen Sektor vornimmt.

*Pavlos Tzermias*

## DIE SEKTEN – BOTSCHAFT UND STRUKTUR

Messianismus, Chiliasmus, Utopie – es gibt zu bestimmten Zeiten und unter Voraussetzungen, die mit massenweiser Entwurzelung, mit Zerfall einer Ordnung, mit Sinnverlust zu tun haben, Bewegungen, deren Eigenart ist, dass sie ihre Anhänger schon hier und jetzt in ein «Jenseits» versetzen, in eine andere, besondere Welt. Diese Welt bietet Befriedigungen, welche die vorgefundene Welt versagte. Im Telefonbuch von Los Angeles sind Gemeinschaften, die ihrer frommen Bestimmung wegen von Steuern entho-ben sind, auf vollen zwanzig Seiten aufgereiht. Wie wild, sonderbar, eventuell pathologisch oder kriminell einige dieser vielen Gemeinschaften sein mögen, sie haben, soweit sie «Sekten» sind, gemeinsam, dass sie sich als «Familie» organisieren, mit einer Mutter, wie die in Südfrankreich entstandene

Sekte «Freunde des Menschen», mit einem Vater, der zugleich unbedingter Führer und Sexualobjekt ist.

Besitzlosigkeit durch freiwillige Enttäusserung zugunsten der Führung, Zerschneiden aller Gefühlsbindungen, die über die Gruppe hinausreichen, Abkapselung in eine Geheimsphäre, die für die Aussenstehenden undurchdringlich ist, zugleich expansive Missionierung, um neue Mitglieder zu gewinnen – diese teils defensive, teils aggressive Haltung ist den Sekten gemeinsam. Wer die enthusiastischen Anhänger des geschäftstüchtigen Messias und Millionärs aus Südkorea Moon in amerikanischen Städten gesehen hat, weiss, welches Mindestmass an intellektuellem und religiösem Gehalt solche Glaubenswilligen befriedigen kann.

In offenen liberalen Gesellschaften

bilden sich unter bestimmten Voraussetzungen, zu denen in Amerika jahrhundertalte Sektentraditionen verschiedensten, auch höchsten Ranges gehören, von unten her derartige ihrer Anlage nach totalitäre Gruppen, die in der völligen Beanspruchung ihrer Mitglieder Bedürfnisse befriedigen, denen gerade heute die bürokratisierte «great society» keinen Anhaltspunkt gibt. Das religiöse «Material» der Sekten hat, auf die Tausenden von Gruppen hin gesehen, etwas Beliebigen, Auswechselbares. Ein Führer kann sich als Jesus, als Satan (Manson), sogar als Lenin zu erkennen geben (Jones). Die Herstellung einer Zone der «Heiligkeit» hat grundsätzlich nichts mit Gut und Böse zu tun. Sacer, das Sakrale, bedeutet vom Ursprung her ebenso das Verehrungswürdige wie das Verruchte. Die Sekte stellt jeweils eine solche Zone des Sakralen her, die nicht wie in den Weltreligionen oder den Kirchen institutionalisiert ist, sondern an lebende Heilsträger gebunden. Es ist die Flucht aus dem Sachzwang in die Personenbindung. Hier ist alles zweideutig und zwielichtig, weil das Absolute immer nur in der Imagination erreicht wird und mit der äusseren Wirklichkeit sich irgendwann im Widerspruch befindet, ihr niemals ganz entspricht.

Es handelt sich um ein Heraustreten aus der Zeit. Die Sekte lebt in Gegenwart oder Zukunft oder beide zugleich ihre eigene Zeit. Es ist nicht nur die Hoffnung auf das Millennium, sondern die Gewissheit, dass das Tausendjährige Reich bereits angebrochen ist. Da ist oft auch das Herausheben aus dem vorgefundenen Raum. Im vergangenen Jahrhundert sind religiöse oder von einer Utopie bewegte Grup-

pen zu Hunderten nach Amerika gewandert, und haben im unerschlossenen «jungfräulichen Land» (virgin country) Kommunen gebildet, aus denen auch Staaten hervorgegangen sind. Namen wie Pennsylvanien, Kalifornien erinnern an solche Gründungen. Voll von solchen ist der karibische Raum, zu dem auch noch Guyana gehört, wohin Reverend Jones mit vielen Anhängern gezogen war, um eine strenge Landkommune der Arbeit zu schaffen. Eine solche von einem charismatischen Führer beherrschte Landkommune auf einer karibischen Insel hat der Romancier V. S. Naipaul im Roman «Guerillas» geschildert, wo auch seltsame Morde ausgeführt werden.

Der innere Zusammenhang, die totale Ausgeliefertheit an den Führer, der sich nicht so sehr aufgezwungen hat als er begehrt wurde, bewahrt sich in der Isolierung einer Wildnis am leichtesten. Was Aussenstehenden eine Hölle, ein «Gulag» scheint, mag den Sektierern selber als das Paradies gelten, in welchem neue Menschen unter einem neuen Himmel leben. Wer die Sekten in ihrer Vielfalt auf ganz bestimmte soziale Verhältnisse oder genau definierte psychische Nöte und Komplexe – etwa die Abwendung vom Vater und die Adoption des Ersatzvaters – zurückführt, wird immer nur einen Teil dieses Gruppenverhaltens begreifen. Entwurzelte arme Schwarze, Kinder wohlhabender Familien, auch Eltern, die ihre Kinder in die Gemeinschaft zwingen – für alles finden sich Beispiele. Vielleicht sollte man unter den vielen Ambivalenzen – Blumenkinder zu Bombenwerfern, Jesus freaks zu Zelebrierern des Satanskultes, Drogen zu Askese, Zärtlichkeitslehre zu

Sadismus, Gewaltlosigkeit zu Gewalt – die folgende, in besonderem Masse bedenken: Selbstlosigkeit zu Entselbstung.

Selbstlosigkeit heisst edle Bereitschaft, mit Aufopferung anderen zu helfen und sich selber in seinen höchsten Möglichkeiten dadurch zu realisieren. Das gilt allgemein und mit Recht als etwas Gutes, als ein Verhalten, das im Gegensatz zum rücksichtslosen, raffenden Egoismus steht. Wer daher Selbstlosigkeit als ein abirrendes Verhalten im Namen der praktischen Vernunft des Erwerbssystems, des Eigennutzes und der Anpassung an gegebene Machtverhältnisse angreift, wird Menschen nicht erreichen, die gar nicht nach Erfolg streben, sondern nach einem Lebenssinn und einer Erfüllung, nach menschlicher Harmonie. Doch kann Selbstlosigkeit zu Entselbstung umschlagen, das heisst zur Ausleerung, zur Schaffung in sich selbst eines Hohlraums, in den alles fliessen kann, von der Askese und der Meditation bis zu Selbstmord und Mord. Hier wird die Lehre «Liebe deinen Nächsten wie dich selbst» vergessen, auch von solchen, die sich für Christen halten, denn sie bedeutet, dass man sich selber liebt und dass etwas Naturgegebenes weder verkannt noch vergewaltigt werden soll. Sekten schaffen jedoch, manchmal in extremer Form, einen Innenraum, in welchem für das bisherige Ich kein Platz mehr ist, aber auch nicht für eine grosse, das Ich übersteigende Idee, sondern für den Willen eines fremden Ich, der diesen Innenraum besetzt. Aus lauter Entselbstungen nährt sich das ungeheuer aufgeblähte Ich eines Guru oder Reverend oder wie solche Führer sonst noch genannt werden. Man sollte zö-

gern, diese Abdankung der eigenen Individualität «pathologisch» zu nennen, denn körperlich identifizierbare Krankheiten können, wie zuletzt Susan Sontag ausgeführt hat («Krankheit als Metapher»), nicht ins Gesellschaftliche übertragen werden. Auch ist es ohne jeden Nutzen, Führer solcher Sekten, deren Autorität der Nachfrage der Geführten entspricht, geisteskrank zu nennen, und mit Begriffen wie «paranoia» zu hantieren, die gelehrt klingen und die niemand genau versteht.

Hitler, Stalin – erst so zielstrebig und erfolgreich, dann angeblich geistesgestört. Reverend Jones, erst tüchtiger Wahlmanager, Sozialarbeiter, Leiter des Wohnungsamtes von San Francisco, imstande, Initiative zu entwickeln und grosse Geldsummen zu sammeln – und dann plötzlich wahnsinnig und fähig, seinen Wahnsinn auf Hunderte zu übertragen? Damit ist gar nichts erklärt, sondern das Wichtigste verunklärt. Können Hunderte oder gar Millionen Menschen, die von einem Wahnglauben erfasst sind, allesamt als geisteskrank diagnostiziert werden? Es ist in diesem Fall genau so logisch, wenn in der Sowjetunion jene wenigen tausend Einzelnen, die von der ideologischen Norm und der Anpassung an das System abweichen, als Geisteskranke interniert werden. Eine kleine Minderheit, die sich anders verhält als die Masse, ist mindestens ebenso verdächtig, geistig verworren zu sein wie diese Masse selber.

Warum ist die Französische Revolution von der Aufklärung zum Kult der Göttin Vernunft gelangt, als wäre ein solcher Kult nicht bereits das Gegenteil der Vernunft? Warum wird die Wissenschaft selber in der «Scientology» zum Rohstoff für die Lehre

einer gefährlichen Sekte? Schon vor Jahren hat Raymond Aron geschrieben: «Der Augenblick wird kommen, an welchem die modernen Gesellschaften wiederum vom heiligen Delirium erfasst sein werden, und aus ihm werden neue Religionen entstehen. In Erinnerung an die hitlerschen Weihen in Nürnberg müssen wir hinzufügen: leider.»

Wenn sich aus diesen Überlegungen, die freilich zugleich Vereinfachungen sind, ein Schluss ziehen lässt, so könnte es folgender sein: In den USA toben sich Tausende von Sekten aus, die zu Mächten werden können, mit viel Geld und sogar mit Waffen, fähig, ihre Kritiker einzuschüchtern. Im amerikanischen Pluralismus bleibt jedoch ihre Wirkung beschränkt. Sie können niemals die ganze Nation erfassen. In unserem Kontinent haben politische Bewegungen Züge von Sekten mit Heilslehren gehabt – Bolschewiken, Nazis. Mit ihrem Sieg begann

jeweils eine neue Zeitrechnung, eine neue Epoche, zugleich aber auch das Bewusstsein einer Einkreisung durch die übrige Welt, die, wenn sie nicht wirklich bestand, notfalls auch hergestellt wurde. Hier ist das Zusammenfallen von Sekte, Masse und Grossraum Wirklichkeit geworden. Deutlich ist der Sektencharakter nicht religiöser, sondern ideologischer Gruppen, die weniger ein Ziel haben, als sie eine Lebensgemeinschaft herstellen, was sich besonders in der bundesdeutschen Form des Terrorismus zeigt. Wiederum finden wir eine Abkapselung, die zugleich defensiv und aggressiv ist, und wiederum ein «abnormes» Verhältnis zu Mord und Selbstmord. Die Struktur der Organisationen wie der Gefühle ist aufschlussreicher als die grundverschiedenen geistigen Inhalte. Auch im Politischen ist Raum für wilde Kulte.

*François Bondy*

## EIN MÄCHTIGER AUTOR

Leonid Iljitsch Breschnew, Staatspräsident der UdSSR, Generalsekretär der KPdSU, Marschall und Oberkommandierender der Sowjetarmee, Träger zahlreicher sowjetischer Orden und Auszeichnungen, scheint sich neuerdings auch als *Kulturschaffender* profilieren zu wollen: in kurzer Folge hat er – in mehrfacher Millionenaufgabe – drei schmale autobiographische Erzählungen («Kleine Erde», «Wiedergeburt», «Neuland») erscheinen lassen, die einerseits sein Image als ebenso zielstrebig wie umsichtiger Parteiführer und Landesvater bestätigen, die ihn andererseits

aber auch als führenden Vertreter der multinationalen Sowjetliteratur ausweisen sollen. Seit Monaten sind Breschnews belletristische Erinnerungen an den Grossen Vaterländischen Krieg und den darauffolgenden Wiederaufbau des Ersten Sozialistischen Staates der Welt Gegenstand apologetischer Erörterung. In eigens einberufenen Arbeitssitzungen widmen sich die «schöpferischen Kollektive» sämtlicher sowjetischer Künstlerverbände dem Studium und der Auslegung der «beflügelnden Bücher», deren Erscheinen – so der Vizepräsident der Sowjetischen Akademie der



Wissenschaften – zu einem «herausragenden Ereignis im ideell-politischen Leben der Partei, des Volkes und der gesamten Weltöffentlichkeit» geworden sei; in der sowjetischen Presse, an Partei- und Gewerkschaftsversammlungen, aber auch in wissenschaftlichen Institutionen und Publikationen werden Breschnews «tiefe Gedanken» permanent diskutiert und als «mächtiger Stimulus» zu vermehrtem Engagement bei der Festigung des entwickelten Sozialismus weitervermittelt; inzwischen ist, der Bedeutung des «historischen Ereignisses» entsprechend, einer der höchsten Berggipfel der Sowjetunion mit dem Titel des Breschnewschen Erstlings versehen und in «*Kleine-Erde-Spitze*» umbenannt worden, und mit «*Kleine Erde*» hat auch Dmitrij Nalbandjan, der Schöpfer der offiziellen Breschnew-Ikonographie, ein monumentales Gemälde betitelt, das den einstigen Politoffizier und heutigen Generalsekretär in heroischer Pose vor dem Hintergrund schäumender Meereswogen zeigt . . . Die zweifellos zentralgesteuerte, auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens wirksam gewordene «Rezeption» von Breschnews *literarischer* Tätigkeit macht deutlich, wie weitgehend sich der Partei- und Regierungschef auch im sowjetischen Kulturbetrieb durchgesetzt und diesen unter seine Kontrolle gebracht hat; schon heute kann in der UdSSR kaum noch eine literaturkritische oder allgemein humanwissenschaftliche Publikation erscheinen, in der Leonid Iljitsch Breschnew nicht mit einschlägigen Zitaten aus kulturpolitischen Grundsatzerklärungen und aus seinen belletristischen Werken vertreten ist. Der

auf solche Weise eingespurte Personenkult wird im wesentlichen von den Organen der sowjetischen Künstlerverbände und von wissenschaftlichen Institutionen – etwa dem Moskauer Institut für Weltliteratur und der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften – getragen und durch den pathetisch perpetuierten Hinweis auf die «enorme Bedeutung» des Breschnewschen Denkens und Schaffens unmerklich zu einem Alltagsritual für den «entwickelten Sozialismus» ausgestaltet. Klar ist, dass es in diesem Kontext nicht um die Sache selbst, sondern einzig um deren propagandistische Wirkung geht, nicht um die Qualität von Breschnews Prosa, sondern um deren quantitative Verbreitung. Die Texte scheinen auch nicht primär auf integrale Rezeption angelegt zu sein; sie brauchen letztlich gar nicht gelesen zu werden – es genügt, dass sie überall (in den Massenmedien, an Massenversammlungen, an den Arbeitsplätzen) und in jeder beliebigen Form (als Zitate, Resümees, interpretative Paraphrasen) greifbar sind, somit also die Omnipräsenz der «Person» ihres Autors dokumentieren. Die «Welle des Leserinteresses» an Breschnews jüngsten Schriften nehme stetig zu, heisst es in einer vor kurzem von der Zeitschrift «Probleme der Literatur» (1978, IX) veröffentlichten Abhandlung: «Millionen, Dutzende von Millionen, Hunderte von Millionen von Lesern bei uns und im Ausland nehmen mit Begeisterung Kenntnis von dem erregten und trefflichen Erzählbericht [L. I. Breschnews] über eine der heroischen Episoden des Grossen Vaterländischen Krieges [in ‚Kleine Erde‘] und über die heldenhafte Arbeit der Sowjetmensen in



den schweren und ruhmreichen Jahren der Wiederherstellung unserer durch den Krieg vernichteten Volkswirtschaft [in ‚Wiedergeburt‘].»

In weiten Bevölkerungskreisen wachse nun – nach erster begeisterter Kenntnisnahme der Breschnewschen Memoiristik – das «dringliche Bedürfnis, den äusserst reichen Gehalt dieser Bücher allseitig zu vereinnahmen», betont M. B. Kosmin, promovierter Literaturwissenschaftler und stellvertretender Redaktionsleiter der Zeitschrift «Nowyj mir», in seiner Laudatio auf Breschnews «ungewöhnlich vielfältiges», für die gesamte Sowjetliteratur richtungweisendes künstlerisches Talent, welches ihm, «Leonid Iljitsch», das «ungewöhnlich beseelte», «tief durchdachte und erfüllte Gespräch über das Allerwichtigste im Leben des Sowjetvolkes und eines jeden Sowjetmenschen» habe gelingen lassen. Breschnews schriftstellerisches Wirken habe als «ausserordentlich interessantes und grundsätzlich wichtiges Phänomen» nicht bloss für die Sowjet- und Weltliteratur «enorme Bedeutung», es sei zugleich auch «ein äusserst gewichtiges politisch-historisches Dokument, ein sehr interessantes Werk im Memoirenggenre, ein gewaltiger Beitrag zur Problemlösung bei der ideologischen und politisch-pädagogischen Arbeit, eine ungewöhnlich einleuchtende und überzeugende Verkörperung [sic] des wahrhaftigen Demokratismus und Humanismus der Politik der Kommunistischen Partei». Solche Superlative – sie erinnern in ihrer automatisierten Phrasenhaftigkeit an den Stalinkult der vierziger Jahre – werden dem arbeitstätigen Sowjetvolk gegenwärtig von freiwilligen Schriftsteller- und Kritikerbriga-

den in grossangelegten Propagandafeldzügen nahegebracht; damit soll nicht zuletzt die «Volksverbundenheit» des Leonid Iljitsch – so wird Breschnew, in Anlehnung an den Namen Wladimir Iljitsch Lenins, gern genannt – demonstrativ ins allgemeine Bewusstsein gebracht werden.

Volksverbundenheit? In Breschnews Erinnerungsschriften kommt das «Volk», kommen «Menschen wie du und ich» bestenfalls als rhetorische Figuren vor – sie werden herbeizitiert, um den heroischen Lebensgang des heutigen Generalsekretärs gewissermassen als stummes Spalier zu zieren; das einfache Volk – Bauern, Arbeiter – tritt aber auch hier lediglich als anonymes Kollektiv in Erscheinung, tritt zurück hinter die Avantgarde der aufstrebenden Spitzenfunktionäre, der erfolgreichen Fabrikdirektoren und Parteisekretäre, zu denen, selbstredend, auch Leonid Iljitsch Breschnew gehört. Alles hat in dieser total verwalteten und technokratisch vorbestimmten Welt seinen festen Platz, alles geht seinen geregelten Gang, führt zu «enormem Erfolg», schafft eine «gemeinsame Sprache» unter den als «Rädchen und Schräubchen» (Lenin) an der Parteiorganisation beteiligten Genossen, eine Sprache übrigens, die in ihrer zugleich kalten und sentimentalen Klischeehaftigkeit nicht für das Sowjetvolk, sondern für die Sowjetführung und deren Organe – TASS, «Prawda», «Kommunist», «Literaturnaja gaseta» – charakteristisch geworden ist und der sich gerade Breschnew, als Fest- und Kongressredner ebenso wie als Literat, durchweg zu bedienen pflegt. Solche Sprache kommt ohne Stil, letztlich sogar ohne Bedeutung aus, sie ist

eher zum Verschweigen als zum Verkünden der Wahrheit geeignet. Bei Breschnew ist denn auch permanent von den gewaltigen Anstrengungen «des gesamten Sowjetvolkes» – und seiner selbst – beim Wiederaufbau nach dem Krieg die Rede, von hilfreichen, wegweisenden, klärenden Parteierlassen, von jenen besonderen «Gefühlen», die jeder engagierte Sowjetmensch für die «Parteilinie» haben sollte, von erfolgreichen «Abschlüssen» und geheilten «Wunden», von «inneren Angelegenheiten», vom «Interesse der Sache» und von «berechtigter Kritik», von «ernsten Gesprächen» mit Stalin, von «höchsten Partei- und Regierungsorganen», die sich um die «parteipolitische Betreuung» der Erbauer des Sozialismus kümmerten, aber auch von jungen, stets fröhlich lachenden Brigadearbeiterinnen, die mit heldenhaftem Einsatz «Beton in den Leib der Staumauer» gossen, von schattigen Tennisplätzen, von Erholungsbasen und schönen Wohnhäusern, auf die man damals berechtigterweise «so stolz» war ...

Damals – 1946, 1947 ... 1954 ... Kein Wort findet sich bei Breschnew über die katastrophale Versorgungslage, von der Stadt und Land gleichermaßen betroffen waren; kein Wort über die korrupte und despotische Entartung des stalinistischen Parteiapparates in den sogenannten «Neuland»-Gebieten; kein Wort über die Dezimierung und Deportation unbotmässiger ethnischer Minderheiten aus ihren angestammten Siedlungsgebieten; kein Wort über den damaligen Ausbau der Arbeits- und Konzentrationslager, in die massenweise die aus Deutschland heimkehrenden Kriegsgefangenen – als «Verräter der Hei-

mat» – verschickt wurden; kein Wort schliesslich über das kulturpolitische Dekret vom August 1946, durch das der künstlerischen Intelligenz ein scharfer ideologischer Kampf angesagt und jede von der Generallinie abweichende kreative Regung als staatsfeindlicher «Kosmopolitismus» kriminalisiert wurde. Und dennoch kann der Direktor des Moskauer Instituts für Weltliteratur, Berdnikow, mit Blick auf Breschnews belletristische Geschichtsklitterung nicht umhin, von deren «ungeheurer gesellschaftlicher Bedeutung» zu sprechen («Literaturnaja gaseta», 1978, XXV): «Die grosse Reichweite der [literarischen] Arbeiten des Genossen L. I. Breschnew besteht darin, dass diese uns dazu verhelfen, die Weisheit und Weitsicht der Politik unserer Partei tiefer zu erfassen – die wahrhaftige Volksverbundenheit dieser Politik, ihre Grundprinzipien sowie deren konsequente und unabwendbare Umsetzung ins Leben.» Berdnikow, der sich von Berufs wegen mit der «Kunst des Wortes» zu befassen hat, verweist auf die «einen jeden Leser bezwingende Menschlichkeit» Leonid Breschnews, auf «die besondere, vertrauliche [sic] Intonation, die bestechende Schlichtheit und Unmittelbarkeit des Gesprächs zwischen Autor und Lesern» ...

In Breschnews «schlichter» und «unmittelbarer» Diktion nimmt sich dieses «vertrauliche» Gespräch etwa wie folgt aus: «Die Mitglieder des Büros des Gebietskomitees der Partei, die Mitarbeiter des Gebietsexekutivkomitees und die Aktivisten des Komsomol waren Tag und Nacht an der Station anwesend – nahmen die Züge in Empfang, leiteten deren

Ausladung, begrüßten die Leute und bemühten sich, diese vorübergehend in den Häusern der ortsansässigen Einwohner unterzubringen. Ich sage – bemühten sich, denn die Neuankömmlinge wollten auch nicht eine Minute an einer und derselben Stelle verharren. Sie wollten möglichst schnell in der Steppe sein, riefen im allgemeinen Menschenlärm laut die Namen ihrer Sowchosen aus: ‚die Marinowsche!‘, ‚die Atbasarsche!‘, ‚die Dnepropetrowsche!‘, ‚die Baumannsche!‘ . . . Man musste sie beschwichtigen, musste ihnen erklären, dass die ersten Pioniergruppen bereits in die Sowchosen abgeordnet worden waren, dass dort bereits gepflügt und gesät wurde, dass zusätzlicher Wohnraum geschaffen wurde, dass aber vorerst noch nicht eingezogen werden konnte und es für Neuankömmlinge also keinen Platz gab. Man erklärte ihnen auch, dass die Flüsse inzwischen angeschwollen waren und die Fahrt ganz einfach eine Gefahr darstellte. Doch es halfen keinerlei Argumente. Über der Menschenmenge tauchten Plakate auf: ‚Her mit der Sowchose!‘ und ‚Wir wollen ins Neuland!‘ . . .» Auf solche Weise – «konsequent» und «unabwendbar» wie eh und je — werden die Beschlüsse der Partei vom Volk «ins Leben umgesetzt»: nachzulesen in Leonid Breschnews jüngster Veröffentlichung, dem erzählerischen Bericht über die «Neuland»-Kampagne in den Steppen Kasachstans («Literaturnaja gaseta», 1978, XXXXVI).

Es versteht sich, dass weder ein Berdnikow noch irgendeiner jener sowjetischen Grossschriftsteller, die sich gegenwärtig um die Reaktivierung eines Personenkults stalinistischer Prägung bemühen, für die «Wahrheit»

– oder auch nur für die «Wirklichkeit» – dessen einstehen können, was sie gegenwärtig zur Feier ihres Führers nach parteiinternem Diktat zu sagen, genauer: zu rezitieren haben. Die ambivalente Haltung manch eines Sowjetautors gegenüber der Sowjetmacht findet – wie man bei persönlichen Gesprächen immer wieder beobachten kann – in der konsequenten Trennung von «offizieller» und «individueller» Meinung, von «öffentlicher» und «privater» Sphäre ihren Ausdruck. Um so zynischer wirken deshalb die unablässig wiederholten, im Zusammenhang mit Breschnews literarischen Versuchen noch verstärkten Beteuerungen sowjetischer Kulturfunktionäre, wonach gerade – und ausschliesslich – in der progressiven Literatur des «entwickelten Sozialismus» die «Wahrheitsfindung über den Menschen und seine Gesellschaft» sowie die Gestaltung der «ureigensten Interessen» jedes *einzelnen* Menschen gefördert werden, während die Kunst des kapitalistischen Westens einzig die «Weltsicht und die Interessen der Klassengesellschaft» zu widerspiegeln vermöge. Die «Menschlichkeit» der sozialistischen Literatur beruhe, so heisst es in einer Grundsatzerklärung N. Schamotas («Literatura i sowremennost», XV, Moskau 1977), auf ihrer «Parteilichkeit» und «Wahrhaftigkeit»: «Daher muss auch stets von neuem die Frage nach der Bedeutung der Weltanschauung, nach der staatsbürgerlichen und parteilichen Position des Schriftstellers aufgeworfen werden. Denn davon hängt es letztlich ab, ob er die Wahrheit von der Unwahrheit zu unterscheiden weiss – oder nicht.» Ob einer die *richtige* «Wahrheit» zu sehen und auf-

zuzeigen versteht, ist im vorliegenden Kontext allerdings kein erkenntnis- oder darstellungstheoretisches Problem, sondern eine Frage der Taktik, der «kämpferischen Bewährung an der ideologischen Front».

Schon 1936, als in der UdSSR die ersten grossen Schauprozesse und polizeilichen Säuberungsaktionen eingeleitet wurden, welche die gleichzeitig in Kraft gesetzte freiheitlich-sozialistische Sowjetverfassung als idealisierte Fiktion – als «schöne Literatur» gewissermassen – widerlegten, machte der im Exil lebende Philosoph und Publizist Nikolaj Berdjajew darauf aufmerksam, dass «die Eroberung und Sicherung der *Macht* zum Hauptproblem» der Bolsche-

wiken geworden sei («Nowyj grad», XI, Paris 1936): «Die Atmosphäre, die sich um den Kommunismus gebildet hat, ist deshalb widerwärtig, weil sie die sklavische Anbetung Stalins und der sowjetischen Führung, die *Anbetung* der herrschenden Macht und Stärke fordert und die *Diskussion* der weltanschaulichen Seite des Kommunismus absolut unmöglich macht»; weil ferner «in dieser Atmosphäre nie auf das Wesen einer Sache eingegangen» werde und daher die «Ermittlung der Wahrheit nahezu unmöglich» sei. Heute – mehr als vierzig Jahre danach – gewinnt Berdjajews Wort erneute Aktualität.

*Felix Philipp Ingold*

## IDENTITÄTSPROBLEME BEI DEN ANTIPODEN

Bei Nord-Süd-Flügen erhielt man noch vor 25 Jahren die zu einem Glas Sekt verdünnte Äquatortaufe. Sie ist angesichts der Verdichtung des Verkehrsnetzes mittlerweile weggefallen. Darin drückt sich mehr als die Veralltäglichsung interhemisphärischer Verbindungen aus, nämlich die Tatsache, dass sich in diesem Vierteljahrhundert die Beziehungen zwischen nördlicher und südlicher Halbkugel qualitativ verändert haben. Bis Ende des Zweiten Weltkrieges waren die südlich des Äquators gelegenen Gebiete nicht oder richtiger: nicht auf eigene Rechnung und Verantwortung in das Handlungsgeflecht einbezogen, das wir in Europa Weltpolitik und Weltgeschichte uns zu nennen gewohnt haben. Südamerika, das schwarze Afrika, Australien, Ozeanien standen abgeschottet in grossen

unangefochtenen Hegemonialordnungen. Interstaatliche Rivalitäten konnten nicht stattfinden. Pazifizierung bedeutete zugleich Ausschaltung aus dem Spiel und Kampf um Macht, Einfluss und Weltgestaltung. Die nördlich des Äquators lebenden Völker kümmerten sich nicht um die als statisch gesehenen Ereignisse im Süden; die dortigen Bewohner, Herren ebenso wie Unterworfenen, nahmen ihrerseits keinen Anteil am Weltgeschehen im Norden. Der Verfasser dieses Aufsatzes hat das in drastischer Form bei einem Besuch des Belgischen Kongo (Zaire) Anfang 1954 erlebt; zu dieser Zeit wurde nach Jahren der Bewegungslosigkeit im Kalten Krieg auf der Berliner Aussenministerkonferenz ein erster (vergeblicher) Ansatz zu einem Ost-West-Arrangement über Deutschland unternommen.



Die Zeitungen von Leopoldville (Kinshasa) berichteten über dieses die Schlagzeilen der Weltpresse beherrschenden Ereignis verspätet, in Sechszweilen-Meldungen, die überdies voller Fehler waren (der französische Aussenminister Bidault zum Beispiel wurde zum Berliner Stadtkommandanten degradiert). Die Gesprächspartner am Kongo wussten wenig oder nichts von den Vorgängen im Nachkriegseuropa, von denen sie sich nicht betroffen fühlten. Ein einziger zeigte sich interessiert; er verwechselte die Berliner Aussenministerkonferenz von 1954 mit dem Berliner Kongress von 1885, auf dem die Kongoakte beschlossen wurde.

Solcher «Welt»-Ferne, solcher Teilnahmslosigkeit an der Weltpolitik begegnet man auch heute noch vielfach auf der südlichen Hemisphäre. Die überkommene Attitüde – Geldverdienen und Golfspielen, Angeln, Surfen – ist etwa in Australien Alltag. Die – andernorts üblicherweise wenigstens marginal an der internationalen Politik interessierten – Führungsschichten der Geschäftswelt, der Verwaltung, der Wissenschaft und Kunst schieben geradezu bewusst die vitalen aussen- oder sicherheitspolitischen Probleme als überflüssig oder bloss theoretisch von sich weg – (in den Worten des australischen Politologen T. B. Millar) «not because of economic restraint but because of a habit of hedonism, procrastination and dependence» und wegen des «indolent spirit of the populace». Der neuseeländische Premier Muldoon erklärte kürzlich, der Südpazifik sei noch immer eine Region – «free from tension and military threat».

Diese Epoche jedoch geht zu Ende.

Die südpazifisch-ozeanische Idylle hält den rauhen politischen Winden aus dem Norden nicht stand. Die grossen westlichen Insel- und Kontinentalexklaven Neuseeland und Australien, die sich mehr als ein Jahrhundert lang unter dem Schutz der britischen Flotte aufbauten und entwickelten, erkennen, seit sich Grossbritannien aus Singapur und schliesslich aus allen Gebieten «östlich von Suez» 1967 zurückzog und schliesslich der Europäischen Gemeinschaft anschloss, dass sie auf sich selbst gestellt sind, fühlen sich dementsprechend «allein gelassen» und anlehnungsbedürftig. Ähnliches gilt von den zahllosen später unabhängig gewordenen Inselrepubliken. Noch stossen wir auf unverlorene Südseeparadiese mit Lianenwäldern, verwirrenden Düften, bunten Vögeln und weissen palmengesäumten Stränden, wie Paul Gauguin sie gemalt hat, mit freundlich-heiteren, selbstgenügsamen und selbstbewussten Männern und blumengeschmückten dunkelhäutigen Mädchen, deren Bauchtänze so spielerisch-sinnenfroh-unschuldig sind, wie die der verschleierten Araberinnen schwül und dunkel und verwirrend. Auch sie beginnen sich ihrer Isolation bewusst zu werden, weil sie sich gegen eine interessierte Umwelt nicht behaupten können – und sei es nur gegen die verlockende, auf Dauer unausweichlich erfolgreiche Bedrohung des internationalen Tourismus.

Wer gegenwärtig in diese Weltgegend kommt, wird wie mit H. G. Wells' Zeitmaschine in eine schon abgelebte Weltstunde versetzt: er kann nachholend erleben, wie diese Länder wider Willen und historisch verspätet in das Getriebe der Weltpolitik ein-



gesogen und einbezogen werden. Und zwar anders etwa als im südlichen Afrika, wo dieser Prozess seit zwanzig Jahren unter revolutionären Wirren, blutigen Bürgerkriegen und militärischen Interventionen von ausserhalb stattfindet, in zumindest vorerst friedlicher Ablösung und Selbstfindung.

Diese Selbstfindung ist freilich ihrerseits schmerzlich und verursacht Identitätskrisen. Sie drücken sich bei vielen farbigen Völkern als Wachstumskonflikte im Prozess des «nation building» aus, d. h. der Verschmelzung der Stämme (Papua-Neuguinea: 700) zu einer Einheitsnation durch Modernisierung und Zentralisierung von Verwaltung und Wirtschaft. Die weissen Siedlerkolonien Neuseeland und Australien (mit drei und 14 Millionen Einwohnern) stehen ihrerseits vor der analogen Aufgabe, ihr nationales Selbst neu- oder umzudefinieren.

### *Nostalgische Englandaffinität*

Angesichts ihrer im wesentlichen britischen und europäischen Herkunft, Sprache und Zivilisation und ungeachtet der geographischen Entfernung besteht weder bei den stämmig-herzlich-rauhen Australiern noch bei den weltoffeneren und sanfteren Neuseeländern irgend ein Zweifel an ihrer Zugehörigkeit zur westlichen Völkerfamilie. Sie empfinden sich als deren Aussenposten, als Pioniere und Engländer am anderen Ende der Welt, was sie in zwei Weltkriegen unter hohen Einsätzen und Opfern bewiesen haben. Die aufwendig-selbstdarstellenden, an zentralen Stellen gelegenen, eindruckreichen war memorials in Wellington und Canberra haben

national-symbolische Integrationsfunktion. Das Kriegserlebnis hat den beiden Nationen ein Selbstbewusstsein vermittelt, das sie vorher nicht besaßen. Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Walter Scheel, und seine diplomatische und journalistische Begleitung, auf Staatsvisite in Neuseeland, fühlten sich einigermaßen unbehaglich, als bei einer traditionellen Empfangszeremonie in einem Maoridorf ein alter Kriegsteilnehmer in voller Unbefangenheit den «wahrhaft ritterlichen Kampf in der Cyrenaika gegen den vortrefflichen General Rommel» ausführlich rühmte. Die im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung, ihrer politischen und militärischen Stärke überproportionale Achtung und Bedeutung, die den beiden Ländern international entgegengebracht wird, gründet nicht zuletzt auf dieser als unverbrüchlich empfundenen Zugehörigkeit.

Beide Länder gehören dem Commonwealth an. Die Queen ist Staatsoberhaupt. Bei Trinksprüchen zu offiziellen Anlässen fällt dem Fremden eine Nuance auf. In Neuseeland stösst man auf «Ihre Majestät die Königin von Neuseeland» an, in Australien auf «Queen Elizabeth II.», obwohl sie auch Königin von Australien ist. Die selbstbewussteren Australier bevorzugen die leicht distanzierte Formulierung. Ungeachtet dieses Unterschieds staunen die Besucher, Engländer noch mehr als andere, wie stark die affektiven Bande, wie unbezweifelt Anhänglichkeit und Loyalität gegenüber dem alten Mutterland sind. Dazu eine Anekdote: Staatsbankett in Melbourne zu Ehren von Bundespräsident Scheel. Eine Australierin an seinem Tisch fragt ihren Nachbarn, was die

rote, über dem Frackhemd getragene Schärpe bedeute. Als sie erfährt, sie versinnbildliche den Bath-Orden, fällt die Dame fast in eine Ohnmacht und bei nächster Gelegenheit in einen tiefen Hofknicks. Sie hatte noch nie einen Träger dieser zweithöchsten britischen Auszeichnung leibhaftig gesehen, denn noch nie hatte ein solcher seinen Fuss auf australischen Boden gesetzt.

Der Lebenszuschnitt ist englisch, richtiger kolonialenglisch: auf dem Land wie in der Stadt, bei dem mittleren Bürgertum, dem sich die meisten zurechnen, und den übrigen Schichten an den Rändern der Gesellschaft. Man ist konservativ, insofern man das angenehme Leben erhalten will, und pflegt englische Unarten mit Liebe. Ein Gestrüpp von Kleingewerkschaften lähmt das Arbeitsleben mit vielfach sinnlosen Streiks – zum Beispiel gegen den Sandstaub auf dem Fabrikparkplatz, der häufigeres Waschen der Automobile verursache, was entsprechend entgolten werden müsse. Leistungsbezogenheit und calvinisches Arbeitsethos sind verpönt, die «go-slow»-Devise wird als Solidarität gedeutet.

Die Bevölkerung wettet lautstark gegen den Agrarprotektionismus der EG (trotz eigener sehr hoher Zollmauern), aber nicht so sehr, weil sie auf ihren Produkten – Butter, Käse, Fleisch – sitzen bleibt (es haben sich im Nahen und Fernen Osten Ersatzmärkte gefunden); sondern vornehmlich, weil die gewohnte Sicherheit verloren ist. «Der Metzger in Birmingham», klagte der mit EG-Fragen befasste australische Minister Garland, «weiss, woher er das Schaf bezieht und wie er es für den unveränder-

lichen Bedarf der englischen Hausfrau zurichtet.» Dabei solle es bleiben. Man verstehe zwar die politische Notwendigkeit des europäischen Agrarmarktes, aber es sollten nicht die ineffizient und teuer produzierenden europäischen Landwirtschaftsbetriebe subventioniert werden. Am besten wäre, so wünschen sich manche, man kehre zu den alten Empire-Präferenzzöllen zurück.

Diese Generationen überdauernden Bindungen haben Stabilität in einer Übergangszeit des raschen Wandels und graduelle Anpassung an plötzlich auftretende neue Erfordernisse ermöglicht. Die in solcher Zeit unausbleiblichen Identitätskrisen sind dadurch abgemildert und aufgefangen worden. Das ist eine Leistung der postimperialen britischen Politik, die von den wegen Undeutlichkeiten in der britischen Haltung gegenüber der EG verärgerten Europäern zu Unrecht übersehen werden. Achesons giftiger Satz, England habe ein Reich verloren und eine weltpolitische Rolle noch nicht gefunden, findet zumindest an diesem positiven Beitrag zur Nachkriegsgeschichte die Grenze seiner Geltung.

### *Die pazifische Dimension*

Australiern und Neuseeländern ist bewusst, dass sie sich in der tiefgreifend gewandelten Umwelt neu einrichten müssen. Auszugehen ist dabei von den geographischen und demographischen Gegebenheiten. Die beiden flächenweiten Staaten bilden Inseln inmitten der umgebenden Weltmeere – Indischer Ozean, Tasmanische See, Südpazifik, in den zahllose grosse und kleine Inseln, Atolle, Ar-

chipele gestreut sind. Von Norden drückt der asiatische Kontinent mit den vorgelagerten Inselstaaten Japan, Taiwan, Philippinen, Indonesien auf sie. In Süd- und Südost-Asien lebt eng gepfercht fast die Hälfte der Menschheit, etwa zwei Milliarden Menschen, denen in den riesigen australisch-neuseeländischen Räumen 17 Millionen Weisse gegenüberstehen. Es ist anzunehmen, dass erstere begehrliehen Blickes nach Süden sehen und nach Gelegenheiten Ausschau halten, und dass umgekehrt die anderen mit Sorge und Furcht an die Absichten der nördlichen Anlieger des Pazifiks denken.

Die Region ist weltpolitisch noch fast unerschlossen, eine Art Vakuum, das dem Tüchtigen, Einfallsreichen und Wagemutigen als Operationsfeld für wirtschaftliche, politische und militärische Aktionen offensteht. Zu Ende des 20. Jahrhunderts lassen sich nicht mehr Eroberungen wie zur Zeit des Captain Cook – durch Entdeckungsreisen und Aufpflanzen einer Fahne –, durch Abschluss «ungleicher Verträge» mit eingeborenen Häuptlingen oder durch blosse militärische Besetzung machen. Heute geht es darum, durch Handel und Entwicklung, Wirtschaftshilfe insbesondere bei der Industrialisierung, Transfer von Know-how und Erziehung, Sympathie und Loyalität der ansässigen Bevölkerungen und Regierungen zu gewinnen.

Der erstrebte Gewinn ist der gleiche wie in früheren Zeiten. Es geht erstens um die verkehrsmässige Erschliessung der Region, heute vor allem um die Benutzung der grossen Schifffahrtswege und der leicht zu sperrenden Meerengen (der Strassen

von Malakka, Makassar, Sunda, Torres usw.) sowie der Luftstrassen über den zahlreichen souveränen Gebieten. Beide sind gleich wichtig für den Transport von Personen und Waren, insbesondere Öl und Rohstoffen, von denen die Industrieländer abhängig sind, wie für den sich entwickelnden, devisenbringenden Tourismus. Im Zusammenhang mit der Einbeziehung der Gebiete in den internationalen Verkehr steht das Interesse der Mächte an den (entdeckten und noch zu entdeckenden) Reichtümern dieser Weltgegend – Erzen, darunter dem zunehmend begehrten Uran, Öl, Fischen und Meeresbodenschätzen. Nach dem Verlust der traditionellen Fanggründe im Atlantik zwischen Island und Amerika müssen die Europäer mit ihren modernen Fabrik-schiffen in ferne Ozeane vorstossen, wo Lizenzen zum Fischen, Verarbeiten und Vermarkten zu erhalten sind. Viele Gebiete sind noch unerschlossen; es muss erst noch erkundet werden, wo zu welcher Zeit was für Fischsorten in welchen Mengen und unter welchen Bedingungen zu finden sind. Durch die 200-Meilen-Wirtschaftszone ist Neuseeland der viertgrösste Küstenstaat der Welt geworden.

### *Neue Ordnungen*

Schliesslich drittens betrachten alle interessierten Staaten – die Anrainer wie die Weltmächte – den Raum unter ordnungspolitischen und strategischen Gesichtspunkten. Wie lässt sich – unter eigener Mitwirkung – ein einigermaßen tragfähiges, stabiles und elastisches, sich selbst auspendelndes Kräftegleichgewicht errichten? Und wie lässt sich das Gebiet gegen

fremde Begehrlichkeit und fremden Zugriff sichern? Hier kollidieren Vorstellung, Ansprüche, Rechte. Nachbarn im engeren und weiteren Sinne werden zu Rivalen oder zu Protektoren und Klienten.

Der Südpazifik war bisher einigermaßen durch den Anzuspakt gedeckt, in dem Australien, Neuseeland und die USA freilich sehr locker verbunden sind. Die nukleare und maritime Überlegenheit der USA seit Kriegsende liess keine Sicherheitsprobleme auftauchen. Nachdem jedoch die Führungssicherheit der westlichen Weltmacht durch Vietnam erschüttert wurde, ihre Führungsaufgaben als überzogen gelten und sie unter die Diktatur des burden sharing geraten ist, das Kissinger entwarf und Carter praktiziert, ist deutlich geworden, dass das Zeitalter der amerikanischen Hegemonie über den Pazifik zu Ende geht.

Neue Ordnungen müssen sich in möglichst harmonischen Übergängen bilden. Der Kampf um die südlichen Weltmeere hat noch nicht begonnen, aber die Weltmächte beziehen bereits Positionen. Sie dringen, soweit ohne Risiko möglich, in die machtloeren oder schwer zu verteidigenden Gebiete vor in der Absicht, Stützpunkte, Anlaufhäfen, Versorgungsstationen für Wartung, Reparatur, Betankung und Vorratshaltung zu erringen oder einfach um Flagge zu zeigen. Das gilt

– für die Sowjetunion, die seit Chruschtschow ein globales Mitspracherecht fordert, der Präsident Johnson 1969 die Parität ausdrücklich zuerkannte und die mittlerweile eine Kriegsflotte aufgebaut hat, die ihr Aktionsfeld weltweit definiert

und durch Besuche in aller Welt, gelegentlich sogar durch schlichte, wenn auch geleugnete Souveränitätsverletzungen (wie kürzlich auf den Seychellen im Westindischen Ozean) verdeutlicht. Erste fischereipolitische Vorstösse bei kleinen ozeanischen Inselrepubliken, die in Canberra und Wellington «concern, no alarm» verursachten, konnten rechtzeitig abgewendet werden, zeigten aber die Verletzlichkeit der Region.

– für Japan, das – seit Kriegsende bzw. 1952 im Bunde mit den USA, inzwischen mit China ausgesöhnt und im Freundschaftsvertrag vereint – durch eine sehr effiziente, von manchen als aggressiv bezeichnete Handelspolitik eine wirtschaftliche Dominanz über die Region erreicht hat, die die aus den Vorkriegs- und Kriegszeiten überkommene Angst und Skepsis nährt und steigert; sie äussert sich zugleich als wachsende Kritik an den ungenügenden japanischen Gegenleistungen in Form von Entwicklungshilfe, uneigennützigem Training und Schulung, Aufnahme von Flüchtlingen usw.

– schliesslich für China, das am wenigsten gefürchtet wird, weil angenommen wird, dass es keine eigensüchtigen Absichten verfolgt und nur an der Abwehr der expansionistisch-hegemonistischen Politik Moskaus interessiert ist.

Dieser Aufmarsch der Grossen bedeutete bisher nur potentielle Gefahr; sie warben um Einfluss, aber neutralisierten einander einigermaßen. Die auf den «glücklichen Inseln» (den Südseeparadiesen ebenso wie Neusee-



land und Australien) siedelnden Völker nahmen diese Gefahr noch nicht wahr; nur wenige sind gerade im Begriff, den Blick darauf zu richten. Einen (inzwischen schon wieder vergessenen) Schock löste einzig die Inbesitznahme der bislang portugiesischen, nach der Redemokratisierung von 1974 zur Dekolonisationsdisposition gestellten östlichen Hälfte von Timor durch Indonesien im Dezember 1975 aus. Die Australier, deren Truppen während des Zweiten Weltkriegs zusammen mit den Timoresen gegen die japanischen Besatzungstruppen gekämpft hatten, empfanden Sympathie mit den in einem brutalen Eroberungskampf in die Knie gezwungenen Inselbewohnern; zugleich erwachte in ihnen das Bewusstsein der Ohnmacht, weil sie einer Politik der vollendeten Tatsachen nichts entgegenzusetzen haben.

Australien und Neuseeland versuchen im Hinblick auf das veränderte internationale Kräfteverhältnis erste Streben der Zusammenarbeit und Sicherung in die fluide, schwer überschaubare und wenig entwickelte Inselwelt des Südpazifiks einzuziehen. Im Südpazifischen Forum treffen sich alljährlich die Ministerpräsidenten der Region; dabei gilt es alle auftretenden Fragen zu erörtern, mögliche Bedrohungen von aussen erkennbar zu machen und womöglich gemeinsam abzuwehren. Auch der nach 80jährigem japanischen Werben und australischem Zögern 1976 abgeschlossene «Grundvertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit» dürfte sein Zustandekommen auch dem ordnungspolitischen Interesse beider Staaten verdanken. Für den Krisenfall aber ist bisher nicht vor-

gesorgt. Wer rasch handelt, geht, wie Indonesien gegenüber Timor zeigte, praktisch kein Risiko ein.

Australier und Neuseeländer müssen sich daher aus blosser Selbsterhaltungstrieb immer bewusster in die Region integrieren und sich zu südpazifischen Nationen umbestimmen. Hilfreich für diesen Zweck könnten die einheimischen Bevölkerungen sein, die eine natürliche Brücke darstellen, wobei zwischen Maoris und Aborigines grundlegende Unterschiede bestehen. Die Maoris sind auf Neuseeland jedenfalls grossenteils integriert. Mischehen gibt es von alters her. Manche eingesessene Familie rühmt sich ihrer Maorivorfahren. Die Aborigines hingegen werden als weder assimilationsfähig noch integrierbar in eine moderne Gesellschaft angesehen. Sie leben in einer Diskrimination, die Apartheidsqualität besitzt. Angesichts der kleinen Zahl von rund 150 000 Menschen könnte das wohlhabende Land ihr Schicksal beträchtlich aufbessern, um den andernfalls unausbleiblichen Konflikt gerade noch rechtzeitig zu steuern. Aber daran denken vorerst nur wenige.

Massgeblich für eine Stabilisierung wird auf die Dauer die Europäische Gemeinschaft sein, die die Bedeutung der Region zu erkennen beginnt, Interesse an ihrer Stabilität bekundet und Vorkehrungen für ihre Präsenz trifft. Während des Staatsbesuches des deutschen Bundespräsidenten – zur Zeit der deutschen EG-Präsidentschaft – ist dieser Aspekt mehrfach unterstrichen worden. Eine Ministerkonferenz EG / Asean – die erste so hohen Ranges zwischen vergleichbaren Regionalgruppen – bekräftigte

den Willen zu verstärkter Zusammenarbeit mit asiatisch-pazifischen Ländern. Ständige gegenseitige Informierung und Konsultierung wird eine EG-Vertretung ermöglichen, die nächstens in Bangkok für den gesamten Raum errichtet wird. Immer wieder betonen die Politiker der Region, dass die EG im Unterschied zu anderen Grossmächten nicht bloss eigennützige Ziele verfolgt. Die Ministerkonferenz ebenso wie Reisen europäischer Politiker in diese Län-

der geben ihnen Gelegenheit zur Selbstdarstellung und damit Mut zur Selbstbehauptung, nachdem die idyllische Ferne von der Weltpolitik, deren sich die Antipoden bisher erfreuten, allmählich ihrem Ende zugeht. Die EG könnte bei konsequenter Weiterführung dieser Politik allmählich die Aufgaben übernehmen, die während so langer Zeit und mit so gutem Erfolg Grossbritannien allein wahrgenommen hat.

*Peter Coulmas*



## Tagungs- und Kongresszentrum

Mit unseren drei Waldhäusern und dem Pavillon als Hauptgebäude, den gedeckten Wandelgängen und geheizten unterirdischen Verbindungswegen bieten wir eine echte Alternative:

Gute Verkehrslage (1½ Std. von Zürich, praktisch alles Autobahn, 1 Std. von St. Gallen, 1¾ Std. von Bellinzona). Landschaftlich reizvolles Erholungsgebiet mit vielen

Möglichkeiten in sportlicher und gesellschaftlicher Hinsicht.

Modernste Kongresseinrichtungen im umweltfreundlichsten Hotelpark der Schweiz, Ausstellungsfläche von über 2000 m<sup>2</sup> und genügend erstklassige Hotelbetten, alles nur ein paar Schritte voneinander entfernt.

Kongresskapazität bis 550 Personen.

Eingespielter Kongressservice (Hotelreservierungen, Vorschläge und Organisation von Damen- und Rahmenprogrammen, sowie Abendunterhaltungen).

Hervorragende Küche und individuelle professionelle Bedienung.

Verlangen Sie unsere ausführliche Kongressmappe!

 Park Hotel Waldhaus  
Die Oase zeitgemässer Hotelkultur *Flims*

Tel. 081 3911 81, Telex 74 125 7018 Flims